

Wie sieht die künftige Personalplanung für die Staatsanwaltschaft Bremen aus?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit plant der Bremer Senat für das Jahr 2025 die elf temporären Stellen bei der Staatsanwaltschaft Bremen, die für die „Greensill- und Convivoverfahren“ eingestellt wurden, weiter zu beschäftigen?
2. Inwiefern werden die Stellen nach Einschätzung des Senats weiter benötigt gerade im Hinblick auf die steigenden Eingangszahlen bei der Staatsanwaltschaft Bremen und wie soll darüber hinaus die Erreichung von „Peß 100“ vorangetrieben werden?
3. Sieht der Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 die Finanzierung dieser elf Stellen vor und falls nicht, wie sollen diese Stellen gegebenenfalls finanziert werden?

Zu Frage 1:

Die 11,5 temporären Stellen bei der Staatsanwaltschaft Bremen, die für die „Greensill- und Convivo-Verfahren“ geschaffen worden sind, sollen auch in 2025 fortgeführt werden. Der hierfür erforderliche Senatsbeschluss erfolgte am 3. Dezember 2024, für den Rechtsausschuss und den Haushalts- und Finanzausschuss der Bremischen Bürgerschaft sollen die weiterhin erforderlichen Gremienbeschlüsse noch in diesem Jahr gefasst werden.

Zu Frage 2:

Die Stellen werden – auch im Hinblick auf die weiterhin steigenden Eingangszahlen bei der Staatsanwaltschaft – über 2025 hinaus benötigt. Zum 1. Januar 2026 wird geprüft, die Stellen in den regulären Personalhaushalt zu überführen. Die Justiz gehört zudem zu den Bereichen, für die im Sanierungsprogramm des Senats perspektivisch ein weiterer Personalaufbau bis wenigstens zum Niveau des jeweils zweitplatzierten Stadtstaats (Hamburg) vorgesehen ist.

Zu Frage 3:

Die Finanzierung der 11,5 Stellen erfolgt vorrangig aus dem Budget des Produktplans 11 unter Prüfung von konkreten Deckungsmöglichkeiten im Rahmen des Controllings. Für den voraussiehenden Fall, dass eine Finanzierung aus dem Budget des Produktplans 11 nicht möglich ist, soll durch die Senatorin für Justiz und Verfassung und den Senator für Finanzen eine Lösung vorgeschlagen werden.